

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 50 Pfennig, Einzelnummer 15 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.
Berlin S. 14 - Postkassentonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter: Frh. Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rbtestraße 16
Fernsprecher Nr. 8800

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Die Lage der deutschen Volkswirtschaft

Vom Staatssekretär z. D. Prof. Dr. Hirsch

(Schluß)

Gegenüber den Unglücksrufen vom „Absterbungsprozeß“ sehen ganz andere Tatsachen, die den meisten von uns nicht mehr so vor Augen stehen, weil wir uns in bessere Zeiten sehr viel schneller hineingewöhnen als in schlechte. Es empfiehlt sich deshalb, diese Beweise doch einmal herauszustellen, wie es Amerikaner mehrfach getan haben. Ausländer sagten uns: Ihr habt uns immer wieder erklärt, daß ihr durch den Vandalismus, dadurch, daß ihr 18 vH eures Bodens verloren habt, aber nur 10 vH eurer Bevölkerung, lebensunfähig geworden seid. Man hat ja immer wieder, darauf hingewiesen, daß Clemenceau gesagt habe, es seien 20 Millionen Menschen zu viel in Deutschland. Wenn ich mich recht erinnere, haben nicht nur Unternehmervertreter, sondern auch andere das nachgesprochen. Hat aber unser Volk in Wirklichkeit in den sieben Jahren nach dem Kriege abgenommen? Wir haben die sehr erfreuliche Tatsache zu verzeichnen, daß die deutsche Bevölkerung zu Beginn des Jahres 1925, während zum Beispiel die französische etwas abnahm, es seien 20 Millionen Menschen zu viel in Deutschland. Heute haben wir 62,5 Millionen, und wenn ich das Saargebiet hinzurechne, 63 1/2 Millionen. Wir sind also nur um etwa 8 bis 7 vH weniger im kleineren Deutschland als im größeren Deutschland in der Vorkriegszeit. Ferner haben wir mehr Erwerbstätige als früher. In der Vorkriegszeit hatten wir bei einer Bevölkerung von ungefähr 65 Millionen 30 Millionen Erwerbstätige. Nach den Abrechnungen müßten wir 27 Millionen haben; aber das Statistische Amt hat dem Daweskomitee 33 Millionen angegeben. Also wir haben einen sehr viel größeren Teil von Erwerbstätigen in Deutschland.

Das brauchte ja nun zur Produktivitätsfrage noch nichts zu beweisen, denn die Arbeitgeberverbände sagen ja: Wir haben mehr Leute, von diesen mehr Leuten wird zwar mehr Geld genommen als früher, aber sehr viel weniger geschafft. Demgegenüber erklären Ausländer: Die ganze Rechnung, die ihr uns vortragt, ist gar nicht ernst zu nehmen, ihr vergleicht immer so, als ob ihr 1914 mit 1924 vergleichen könntet; aber zwischen 1914 und 1918 liegt doch die ungeheure Wertzerstörung des Krieges, liegt dasjenige, was ihr hinausgeschaltet habt, liegt die furchtbare Einbuße der Wirtschaft. Sieht man sich aber die Entwicklung von 1918 bis jetzt an, so zeigt sich eine außerordentlich starke Besserung der Lebenshaltung. Es wäre ungerathen, wollte man das verkennen. Wir werden uns alle erinnern, wie es 1918 bei uns ausgesehen hat: Kriegsbrot, Kriegsmus, Holzsohlen, Gipulver-Eis. Aber was noch viel seltsamer ist: auch in der Zeit der Inflation, als wir alle glaubten, rettungslos dem Abgrund zuzusteuern, hat innerhalb der deutschen Wirtschaft, allerdings auf Kosten der breiten Volksmassen, ein sehr wesentlicher Wiederaufbau stattgefunden, ein Wiederaufbau unserer Wirtschaft, des Verkehrswezens, der Industrie, der Landwirtschaft. Ich will dafür einige Zahlen nennen. Man nehme das Eisenbahnwesen. Im Augenblick des Kriegsausbruches hatten wir 28000 Lokomotiven; viele von uns werden sich noch erinnern, daß wir bei Kriegsende 5000 abliefern mußten. Ungefähr ebensoviele sollen aus den von uns okkupierten Gebieten geflammt haben, aber welche Materialvernichtung ist gleichzeitig im Kriege gerade beim rollenden Material erfolgt! Als wir in den Ruhrkampf hineingingen, also mitten in der schlimmsten Inflation, hatten wir im verkleinerten Reichsgebiete nicht 28000 sondern 5000 Lokomotiven, also 23000, sondern über 31000 Stück. Wir hatten in der Vorkriegszeit 65500 Güterwagen, 150000 haben wir beim Waffenstillstand abgeben müssen. Als der Ruhrkampf begann, hatten wir aber nicht 500000, sondern 720000 Güterwagen, also 40 vH mehr. Wir wissen weiter, daß wir unsere Handelsmarine verloren haben. Wir hatten uns in ungefähr 30jähriger Arbeit eine Handelsmarine von etwa 5,5 Millionen Tonnen geschaffen. Alles das ging verloren bis auf ungefähr 350000 Tonnen. In den wenigen Jahren nach dem Kriege haben wir 1,5 vH davon wieder aufgebaut. Wir haben heute schon wieder 3 Millionen Tonnen, die natürlich auch nicht von Nichts geschaffen sein können. Wir haben für unsere Industrie das Zeugnis von Hugo Stinnes, daß unsere Industrie, wie er sich ausdrückt, mitten in der Inflation intakt gehalten worden ist. Das kann man bestätigen, denn die Industrie hat in der Zeit der Geldwertverschlechterung ihre Anlagen stark ausgedehnt, zum Teil falsch ausgedehnt, so daß sie jetzt nicht mehr für den Markt brauchbar sind. Die Anlagen sind aber da.

Ich will dann von den Lebensmitteln sprechen. In der Argumentation der Arbeitgeberverbände findet sich immer der Hinweis, daß unsere Landwirtschaft sehr viel weniger Ernten habe als früher. Man findet weiter den Hinweis — und dieser Hinweis ist richtig —, daß wir, obwohl wir mehr Land verloren haben als Bevölkerung, obwohl wir mehr importieren müssen als in der Vorkriegszeit, viel weniger als damals an Nahrungsmitteln und Futtermitteln einführen. Wir importieren nicht ganz drei Viertel dessen, was wir früher einfuhren. Nun hat sich aber, wie wir alle wissen, auch die Ernährung ständig gebessert. Also ist irgend etwas, was nicht ganz stimmen kann. Entweder die Ernährung hat sich nicht gebessert — sie hat sich aber gebessert — oder die Einfuhr stimmt nicht. Sie stimmt aber. Folglich stimmt ein anderes nicht, nämlich die Statistik der Ernten! Wir haben in der Landwirtschaft eine große wirtschaftliche Tat vollbracht, nämlich eine Verbesserung, und die Leistung unserer Landwirtschaft hat die der Vorkriegszeit längst wieder erreicht, sie geht sogar stellenweise darüber hinaus. Ja, sie erzieht sich nicht sogar, den ganzen Ausfall der 18 vH Boden aus sich heraus zu leisten, und zum mindesten ein gut Teil leistet sie tatsächlich.

Die Landwirtschaft verbraucht mehr Stickstoff und mehr Kali als in der Vorkriegszeit. Wir haben in Deutschland mit der besten Landwirtschaft, die es auf der Welt gibt; aber aus ganz bestimmten Gründen, die nicht fern liegen, sagt man es nicht. Unsere Ernten waren gut. Das Vieh ist wieder leidlich aufgefüttert. Das einzige, was dauernd unterernährt ist, ist die Statistik der Ernten.

Ich will nun einmal der Behauptung der Arbeitgeberverbände näher treten, daß wir nur 70 vH der Leistung der Vorkriegszeit hätten. Die Arbeitgeber argumentieren folgendermaßen: Es wird nur ungefähr 70 vH dessen geleistet, was früher geleistet wurde, es wird aber in Mark noch mehr Lohn verlangt als früher; also ist die Produktion zu teuer. Das ist in der Tat für alles entscheidend. Wenn es wirklich wahr ist, daß wir nur 70 vH von dem schaffen, was wir früher geleistet haben, obgleich wir 93 vH der früheren Bevölkerung haben, dann stände es sehr schlecht um uns. Nun ist aber den Arbeitgeberverbänden ein ernster Gegner entstanden. Die Reichskreditgesellschaft hat kürzlich einen Bericht herausgegeben, der merkwürdigerweise etwas anderes enthält. Dieser Bericht besagt nämlich, wir hätten im ersten Halbjahr 1925 schon wieder ungefähr die Vorkriegsproduktion erreicht. Ich habe den Bericht überall zitiert gefunden, aber diesen Satz, der ganz vorsteht, habe ich nirgendwo gelesen. Deshalb will ich noch einiges hinzufügen, denn es steht da nur die Behauptung und ein einziger Beweis.

Nach meiner festen Überzeugung, die nicht nur aus dem Buch der Statistik, sondern auch aus dem Buch des Lebens gewonnen ist und insbesondere auch in meiner Regierungstätigkeit, kann die Gesamtleistung der deutschen Wirtschaft nicht mehr sehr wesentlich unter dem Vorkriegsniveau sein. Die Schwierigkeiten, die wir haben, rühren zum Teil her von den Abtretungen. Wir haben Kohle, Eisen und Bergleichen verloren. Die Kohlen-schwierigkeiten sind aber größtenteils ausgeglichen. In wesentlichen Teilen der Wirtschaft sind wir sogar über der Vorkriegsleistung. Es ist falsch, wenn man das Jahr 1913 mit dem Jahr 1924 vergleicht. Wir alle wissen, daß wir in der Vorkriegszeit immer eine Weile Konjunktur und dann Tiefkonjunktur hatten. Nun war das Jahr 1913 eines der höchsten Hochkonjunktur. Die Konjunktur flaute erst mit dem drohenden Weltkrieg ab. Das Jahr 1924 war ein Jahr der tiefsten Tiefkonjunktur. Wir werden uns erinnern, daß wir mit etwa zwei Millionen Arbeitslosen in das Jahr 1924 hineingingen. Aber wenn man trotzdem das Jahr 1924 vergleicht und dann die Jahre 1909 bis 1913 hinzunimmt, findet man folgende Tatsachen:

In dem uns verbliebenen Gebiet haben wir im Durchschnitt im Jahre 1924, obwohl die Ruhr noch besetzt war und obwohl wir noch nicht voll arbeiten konnten, an Steinkohle im festem Reichsgebiete 98 vH dessen produziert, was wir 1909/1913 produziert haben, an Braunkohle 168 vH. Dabei wollen wir bedenken, daß wir gelernt haben, die Kohle besser zu nutzen, so daß wir mit beinahe vier Fünftel dessen auskommen, was wir früher nötig hatten. Daher der seltsame Zustand, den die wenigsten merken, weil das deutsche Volk in wirtschaftlichen Angelegenheiten so sehr wenig kritisch ist, in dem wir jetzt gegenüber Polen uns befinden. Vielleicht erinnern wir uns noch der großen, christlichen Sorge darüber, daß wir ohne die schlesische Kohle nicht existieren könnten. Wir erinnern uns ferner daran, daß die Polen nach viel eindringlicher behaupteten, sie könnten ohne diese Kohle nicht existieren. Heute geht der ganze Kampf mit Polen darum, daß die Polen die Kohlen zu uns transportieren wollen und wir sie nicht nehmen können. Ich gebe ohne weiteres zu: Wir können die polnische Kohle nicht alle nehmen, wenn wir nicht unsere eigenen Arbeiter arbeitslos machen wollen. Wir werden sowieso noch unangenehme Dinge in der allernächsten Zeit erleben. Ich wollte nur die Wirklichkeit dem Gerede gegenüberstellen.

Ich füge mit einigen Worten noch ergänzend hinzu, daß wir nach dieser Berechnung, die ich jeder Prüfung unterwerfe, bei den Wälzwerkprodukten nicht nur die Vorkriegsproduktion haben, sondern 107 vH der Vorkriegsproduktion. Bei anderen Produkten liegt es ein wenig ungünstiger. Beim Stahl haben wir 99 vH der Vorkriegsleistung, beim Roheisen 88 vH, beim Stahls 96 vH. Das sind Schwanmationen, wie sie immer zu verzeichnen sein werden. Ich behaupte, daß wir im ganzen die Leistung der Vorkriegszeit etwa erreicht haben.

Nur Worte

Der Reichsarbeitsminister verteidigt sich

Daß die Akennotiz des Unternehmersyndikats Dr. Reisinger vom Reichsarbeitsminister garstig empfunden werden würde, läßt sich leicht denken. Denn sie schildert ein Verhältnis zwischen Unternehmertum und Arbeitsministerium, wofür man vergeblich einen passenden Ausdruck sucht. Man vergegenwärtige sich nur: Die Arbeiterkraft, durch Krieg und Inflation ausgemergelt, von einem gewinn gierigen Unternehmertum eidend entlohnt, durch Zoll- und Steuerleggebung unentgeltlich gebrandschadet, blüht zum Reichsarbeitsministerium in dem Vertrauen, bei diesem Verständnis für seine drückende Not zu finden und nötigenfalls Hilfe, um keine bescheidenen Forderungen gegen den ebenso mächtigen wie sozial rückständigen Gegner zu erfüllen. Und nun erfährt die Arbeiterkraft, daß ein namhafter Vertreter dieses selben Ministeriums mit einem Unternehmerragenten traut besammeln gessen und diesem die völlige Übereinstimmung des Ministeriums mit der Politik des Unternehmertums versichert hat. Und das einzige, was den ministeriellen Herrn bedrückte, war die Sorge, es könnte

etwas von diesem trauten Besammeln und der gegenseitigen Übereinstimmung der Gewerkschaften zu Gehör kommen. Denn den Glauben der Gewerkschaften an die Unparteilichkeit des Ministeriums brauche man doch dringend, damit die praktische Betätigung der gegenseitigen Übereinstimmung nicht gefährdet werde. Was beiden Herren einleuchtete. Nun ist aber die Geschichte, deren Geheimhaltung beiden so sehr am Herzen lag, doch in die Öffentlichkeit gekommen. Darob heillose Bestürzung auf beiden Seiten. Der Unternehmersyndikus schweigt berehnt. Der Reichsarbeitsminister gibt sich alle Mühe, Berühmtheit zu reden. Er sagt aber nicht etwa, daß die Akennotiz eine hahnbüchene Windmühlerei sei, noch veranlaßt er die nachgeordnete Stelle, die die Unparteilichkeit seines Amtes bewahren verschindet, sich nach einer anderen Stelle umzusehen, nein, er ruft die Gewerkschaftsvertreter zu einer Besprechung zusammen. Was da besprochen worden ist, hat die Öffentlichkeit noch nicht erfahren. Nur die dabei in Aussicht gestellte Denkschrift ist erschienen. Der sozialistische Pressedienst bringt davon einen Auszug, den wir fast vollständig hier folgen lassen.

Nach dem Auszug dieser Stelle betont der Minister in der Denkschrift, in der Lohnpolitik stehe den Standpunkt vertreten zu haben, daß es in erster Linie Sache der Gewerkschaften und der Arbeitgebervereinigungen sei, sich über die Löhne und sonstigen Arbeitsbedingungen zu verständigen. Nur wo eine solche Verständigung nicht gelinge oder eine Partei zu schwach sei, um die notwendige soziale Gestaltung der Arbeitsbedingungen durchzuführen, greife das Ministerium ein. Die Unabhängigkeit der Schlichter bezog sich der Minister als besonders wichtig. Deshalb seien in Fällen, in denen das Ministerium schon vorher mit der zu schlichtenden Angelegenheit befaßt war, absichtlich vom Ministerium unabhängig ausgerichtete Personen zu Schlichtern bestellt worden, so insbesondere auch bei dem Arbeitskampf im Baugewerbe. Das Ministerium habe sich niemals allgemein gegen Lohnherabsetzungen ausgesprochen, sondern jede wirtschaftlich tragbare Verbesserung der Arbeitsbedingungen begrüßt und sich im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen für den Schutz der wirtschaftlich Schwächeren eingesetzt. Auch in den letzten beiden Monaten haben nach einer vom Minister beauftragten Überfahrt Schiedsprüche oder Einigungen im Reichsarbeitsministerium fast durchweg Lohnherabsetzungen, und zwar zwischen 3 und 10 vH gebracht. Was die vom Reichsarbeitsministerium in den letzten Monaten ausgesprochenen Verbindlichkeitsverträge betrifft, so werden folgende Zahlen angegeben: Im September haben in jedem Falle die Arbeitnehmer, in sechs die Arbeitgeber Verbindlichkeit bekräftigt; in vier Fällen wurde Einigung erzielt. Drei Arbeitgeber- und zwei Arbeitnehmerverträge wurden abgelehnt, je zwei von Arbeitgebern und Arbeitnehmern wurde statgegeben. Die in den letzten Monaten vor verbindlich erklärten Schiedsprüche bringen Lohnherabsetzungen bis zu 8 vH. Auch die Begründung der Entscheidungen werde sich nirgendwo allgemein gegen Lohnherabsetzungen, und niemals die Material dieser Art an die Arbeitgeberverbände gesandt worden.

Über die vielerörterten Schlichterbesprechungen sagt der Minister, sie seien nach der Schlichtungsordnung zulässig und in der Praxis notwendig. Die Schlichter müßten sich über rechtliche, soziale und wirtschaftliche Fragen, das Ministerium über die Anregungen und Erfahrungen der Praxis unterrichten. Über die Wirtschaftsfragen werde regelmäßig vom zuständigen Sachbearbeiter des Reichswirtschaftsministeriums ein Vortrag gehalten, auch seien Vertreter der Sozialministerien der Länder zugegen. Schon die Größe des Teilnehmerkreises, zu dem auch gelegentlich die Spitzenverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gehört haben, schließe eine unzulässige Beeinflussung der Schlichter aus. Tatsächlich seien in den Anweisungen in Lohnpolitischen Fragen niemals gegeben worden.

Die Meldung, daß in Bern zwischen dem Arbeitsminister von Frankreich, Belgien und Deutschland die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens vereinbart worden sei, treffe nicht zu. Man habe damals nur gemeinsam den Eindruck festgestellt, daß es möglich sein würde, zu einer gemeinsamen Ratifizierung des Washingtoner Abkommens zu gelangen. Tatsächlich habe nur Frankreich ratifiziert, aber unter der Bedingung, daß auch Deutschland ratifiziere, wobei man in Frankreich sehr gut wisse, daß Deutschland ohne England und Belgien nicht ratifizieren kann.

Inzwischen habe das Ministerium alle noch verfügbaren Referenzen des Ministeriums und der Reichsarbeitsverwaltung für eine befriedigende deutsche Regelung eingesetzt. Einmal handelte es sich darum, die Arbeiter zur Durchführung des § 7 der Arbeitszeitverordnung zu fördern. Der Reichsarbeitsrat, dem seit langem das Verzeichnis zu § 7 der Arbeitszeitverordnung zur Begutachtung vorlag, wurde am 8. Oktober 1924 gebeten, die als besonders dringlich erachtete Regelung für Hochöfen und Kokereibetriebe vorweg zu erledigen. Nach mehrfachen Drängen des Ministeriums habe dieses am 10. Januar 1925 das Gutachten des Reichsarbeitsrates erhalten und am 20. Januar 1925 die Verordnung über die Arbeitszeit an Hochöfen und in Kokereien erlassen. Diese Verordnung sei keineswegs auf dem Papier stehen geblieben. Das Ministerium habe im Gegenteil mit den Landesregierungen vereinbart, daß von der Verfügung des Inkrafttretens aus Artikel 2 der Verordnung gar keine und von behördlichen Ausnahmebestimmungen nur ein möglichst sparsamer Gebrauch gemacht werden soll. Dem sei auch entsprechen worden. Über weitere Ausführungsverordnungen zu § 7 der Arbeitszeitverordnung habe der Reichsarbeitsrat seine Beratungen im Einverständnis mit dem Ministerium fortgesetzt. Man habe auch den Entwurf des Verzeichnisses zu § 7 nicht zurückgezogen, wenn man auch hoffte, daß weitere Ausführungsverordnungen sich durch die fortschreitende endgültige Regelung der Arbeitszeitgesetzgebung erledigen würden.

Für diese endgültige Erledigung habe das Ministerium die Mitarbeit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in einem paritätischen Ausschuss angestrebt. Als dieser endlich zustande gekommen sei, hätten die Arbeitgeber sich auf den Standpunkt gestellt, man könne an eine endgültige gesetzliche Regelung erst herantreten, wenn die vollen Auswirkungen des Dawesplanes sich übersehen ließen. Das Ministerium sah sich hierdurch veranlaßt, den Entwurf zunächst ohne den paritätischen Ausschuss aufzustellen. Nachdem ein Entwurf des Mantelgesetzes und zahlreiche Ausführungsverordnungen angefertigt waren, habe sich aber gezeigt, daß der Weg viel zu sehr trübend sei. Ferner habe sich gezeigt, daß die gesetzliche Regelung nicht auf die reinen Arbeiterinteressen beruhen dürfe, sondern daß man die besonderen Arbeitszeitbestimmungen für Frauen, Jugendliche und Kinder mit einarbeiten müsse, wie auch die Vorschriften über Sonntagsruhe. Das geplante Arbeitszeitgesetz soll also zu einem vollständigen Arbeiterchutzgesetz ausgestaltet werden, das

mit dem Wust der jetzt in Gewerbeordnung, Ausführungsverordnungen, Kinderzuschüsse, Demobilisierungsverordnungen und Arbeitsverordnungen zerstückelten Bestimmungen einen Erfolg mache und eine einheitliche Regelung des gesamten Arbeiterrechtes einleitet. Die Arbeiter seien mit äußerstem Nachdruck und ohne Rücksicht auf die Urlaubsgeld gefordert worden. Mehr als 60 Sitzungen haben dazu stattgefunden; der Minister selbst habe die Arbeiten dauernd überwacht. Tatsächlich liegt zurzeit bereits ein abgeklärter Entwurf vor, der allerdings noch eingehender Nachprüfung bedürftig ist. Der Minister schließt mit dem Hinweis, daß das Reichsarbeitsministerium in all seinen Teilen auch heute noch mit derselben inneren Überzeugung und mit der gleichen Unparteilichkeit für den sozialen Fortschritt einsetze, wie es das seit jeher getan habe.

An dieser Verteidigung des Reichsarbeitsministers fällt zunächst auf, daß sie sich mit keinem Wort mit der Atomnotiz befaßt. Der Minister wirklich nichts über sie zu sagen? Seine Schweigenspolitik in diesem für ihn so wichtigen Punkte zwingt zu Vermutungen, die alles andere, nur nicht günstig für ihn sind. Wer des Glaubens war, der Unternehmerrückgang werde als Hindernis oder Aufschneider gerichtet werden, sieht sich schwer getäuscht. Nichts ist klar zu beweisen, daß die Behauptungen der Atomnotiz glatte Erfindungen sind, gefällt sich die Schrift darin, zu erzählen, was das Reichsarbeitsministerium alles für die Arbeiterschaft getan habe und zu tun gedenke. Abgesehen davon, daß die Arbeiterschaft noch verteuert wenig von dem für sie vollbrachten guten Taten gemerkt hat, schlägt bei mancher Behauptung der Schrift die Vieldeutigkeit in die Augen. So sagt sie beispielsweise, „der Minister habe sich niemals allgem. gegen Lohnrückführungen ausgesprochen“. Wenn das tatsächlich der Fall sein sollte, was wir zur Stunde nicht nachprüfen können, so wäre die Frage noch zu beantworten, wie oft sich denn das Ministerium in einzelnen gegen Lohnrückführungen ausgesprochen hat. Ebenso bedeutungslos kann man die Behauptung halten, die in den letzten Monaten für verbindlich erklärten Schiedssprüche hätten Lohnrückführungen bis zu 8 vH gebracht, wenn man nicht auch gleich erfährt, um wieviel „in den letzten Monaten“ die Lebenshaltung verteuert worden ist durch die Preissteigerung, das heißt im wesentlichen durch die Gemeinpreiserhöhung der Unternehmer. Selbstman mutet auch die in der Schrift beliebte Erklärung für die Nichtratifizierung des Washingtoner Abkommens an. Wenn wir die Vieldeutigkeit richtig verstehen, so soll damit gesagt werden: Belgien und England ratifizierten nicht, weil es Deutschland nicht tut, und Deutschland kann nicht ratifizieren, weil es England und Belgien nicht tut. Soll vielleicht damit, daß England und Belgien noch nicht ratifiziert haben, die Ratifikationspflicht des deutschen Reichsarbeitsministeriums einschuldigt werden? Wenn es nicht seine „völlige Übereinstimmung“ mit der Politik des Unternehmertums ist, dann vermag man auch beim besten Willen keinen gewichtigen Grund zu sehen, warum es nicht mit der Ratifizierung England und Belgien vorangeht, zumal ja in beiden Ländern der Arbeitsvertrag und eine noch kürzere Arbeitszeit viel allgemeiner als in Deutschland ist. Was die Verteidigungsschrift über die erstbeste einheitliche Regelung des gesamten Arbeiterrechtes berichtet, ist zu schön, um schon etwas darüber zu sagen, noch ehe die ministeriellen Worte durch ministerielle Taten erhärtet sind.

Mit diesen kurzen Bemerkungen soll es heute sein. Bemerkungen haben immerhin sei noch gesagt, daß mit den teils ganz unzulänglichen, teils vieldeutigen und darum nicht tragenden Erklärungen des Reichsarbeitsministers die Sache noch nicht erledigt sein kann. Wir werden uns damit wieder zu beschäftigen haben, wenn uns die Verteidigungsschrift im Wortlaut vorliegt. Was uns bis jetzt davon zu Gesicht gekommen ist, sind nur Worte, aber keine Beweise für die Unrichtigkeit des Inhaltes der Atomnotiz. Auf die Beweise aber kommt es an.

Beitragsleistung und Unterstützungen im Deutschen Metallarbeiter-Verband

Der Verbandstag in Kassel hat auch eine Regelung der Beitragsleistung und des Unterstützungswezens vorgenommen. Wie bei jeder Beitragsregelung wurden Stimmen laut, die einen Rückschlag prophezeien. Das Gegenteil trat aber ein. Die Wirtschaft erhobte sich und die steigenden Lohnsätze nahmen zu. Verständlich. Der natürliche Widerstand des Arbeiters gegen Unterdrückung und Rechtslosigkeit wurde lebendiger und jeder von uns jagte sich auch, daß er sich gegen jede Willkür der Unternehmer nur dann erfolgreich zur Wehr setzen kann, wenn der Verband geschlossen geschieht, und hierfür ist Geld, sind höhere Beiträge nötig. Diese Ermahnung erklärt es, daß die Erhöhung der Beiträge keinen Rückschlag mit sich brachte. Mit der Erhöhung der Beiträge wuchs unsere Schlagkraft und damit verbunden das Vertrauen der Mitglieder zur Organisation.

Erhöhung der Beiträge bedeutet Erhöhung der Unterstützung, vorweg der Streik- und Gemeinpreiserhöhung. Unser Verband ist eine Kampforganisation, die für die Befreiung der Lebenslage ihrer Mitglieder und für ihr Mitbestimmungsrecht in der Wirtschaft ringt. Je besser die Unterstützung, desto erfolgreicher der Kampf. Neue Abergläubigkeiten, die da meinten, ein Streik könne erfolgreich ohne genügende Unterstützung geführt werden, nehmen ab. Es hört sich ja in Versammlungen schon an, zu sagen: Wir werden die Niederbringung des Kapitals nur erreichen durch den Generalstreik der Massen, der ohne Unterstützung geführt werden muß; denn ob wir etwas mehr oder weniger hungern, ist Nebensache. Jedenfalls, mit einer hungernden Masse kann kein Kampf erfolgreich geführt werden.

Was die Technik Neues bringt

Von Dipl.-Ing. E. Neegg (Kassel, Westf.)
Eine Million Umdrehungen in der Sekunde

Betrachtet man, eine Drehzahl oder auch eine Drehzahlmaschine mit immer höheren Drehzahlen zu betreiben, so stellen sich bald Schwierigkeiten ein, die auf die Reibung zurückzuführen sind oder auf die Durchdringung durch kinetische Gegenstände oder insbesondere auf die Reibung durch einen wellenartigen Gegenstand der Welle, was die Reibung sehr wichtig gestaltet. So kommt es, daß die bisher erzielten Umfangsgeschwindigkeiten nicht mehr als die halben liegen, die an sich im Hinblick auf die mechanische Festigkeit der Materialien möglich wären. Es ist nun, wie Herrist in einer der letzten Sitzungen der französischen Akademie berichtet, gelungen, kleine Turbinen sehr schnell laufen zu lassen, die je einmündig sind, daß der Wasser wieder in sehr hoher Drehzahl mit dem Ständer ist, sondern sich keine Drehzahl vermindert. Dadurch sind die neuen erprobten Turbinenmaschinen behoben und als einzige Orange steht nur noch die Befürchtung, die durch die Festigkeit des Kupfers gegen Zerschlagen bedingt ist. Die größten Drehzahlen wurden indessen bisher nur mit sehr kleinen Maschinen erzielt, die etwa hundertmal, einen kleinen Spiegel bei der Drehung mitzuführen. Was die Anordnung anbelangt, so besteht sie — in der — aus einem stehenden Ständer, der Schäfte mit konstanter Drehung, in die von unten her eine Kupfer unter veränderlichen Winkeln gerichteter Schäfte einströmt. Der Ständer hat eine zentrale Welle, die in einem einmündigen Ringen verlaufenden Kanal endet oder in der Verbindung des Ständers hineinragt. Man kann durch die zentrale Welle zu, so entstehen eigenartige Kräfte, die bei in passender Entfernung zum Ständer herbeigeführten Wasser durchgehend, sobald er jedoch mit ihm in Verbindung kommen will, sich die Drehzahl vermindert, die ihn abdrückt. Ein sehr ähnliches, stellt sich der Wasser von selbst in der zentralen Wellenverbindung ein und beginnt mit dieser Geschwindigkeit sich zu drehen; er wird auf diese Weise von dem Ständer ge-

werden. Der Unternehmer fürchtet nicht so sehr als einem langen Kampf gerade in der heutigen Zeit. Ein langer Kampf muß aber stattfinden; wer das heißt die Unterstützung so bemessen sein, daß die Streikenden ausbaldern vermögen. Unsere Hauptaufgabe muß also gut gefüllt sein. Aber dazu ist eine Beitragserhöhung dringend notwendig. Warum der gewaltige Angriff der Unternehmer Ende 1928 und Anfang 1929 Welt wehke, daß durch die Inflation unsere Kassen geleert waren. Mögen die Kollegen und Kolleginnen sich doch ein für allemal merken: Die Unternehmer achten uns nur, wenn sie uns fürchten. Sie fürchten uns aber nur, wenn wir neben einer gut besetzten Masse eine volle Kasse haben. Schon die bloße Tatsache, daß unsere Hauptkasse über starke Reserven verfügt, wird die Unternehmer vorsichtiger und für Verhandlungen gefügiger machen. Damit schwindet die Luft bei unseren Inflationen, mit uns anzuhängen, womit manche Lohnrückführung, Arbeitszeitverkürzung oder sonstige Verbesserung ohne Kampf erreicht wird.

Wer gegen Beitragserhöhung ist, verhindert die Erhöhung der Unterstützung und stellt unbewußt das Unternehmertum. Unsere Beiträge und die naturliche Festlegung unserer Unterstützungen datieren vom Februar 1924. Kollegen und Kolleginnen, Hund auf's Herz! Können wir es verantworten, daß in der Zeit, in welcher unser Lohn um 60 bis 70 vH stieg und die Zeuerung dementsprechend fortschritt, wir unserer Organisation das vorenthalten, was sie braucht? Unser nächster Verbandstag wird wohl vor September 1929 nicht stattfinden können. Wollen wir solange mit der Erhöhung der Beiträge und der Unterstützungen warten? Das würde eine völlige Lahmlegung unserer Organisation bedeuten. Wir würden uns selbst schwer schädigen, da kein Unternehmer uns mehr ernst nähme. Aber noch eine andere Seite hat unsere Beitragserhöhung heute. Wir werden von anderen Organisationen, selbst von den kleinsten, als „billiger Jakob“ über die Kasse angeschaut. Dafür nur ein Beispiel. Es zahlten Grundbeiträge die

Dachdecker	bis 1,-	Holzgeländerarbeiter	bis 1,20
Putzwerker	1,-	Lebensmittel- und Ge-	
Verkehrsbund	1,-	tränkarbeiter	1,20
Kaminfeger	1,-	Buchbinder	1,80
Schlarbeiter	1,10	Steinarbeiter	1,80
Graph. Hülsenarbeiter	1,10	Buchdrucker	1,50
Maier	1,10	Lederarbeiter	1,50
Bauhauarbeiter	1,20	Sitzgarnarbeiter	1,50

Wir Metallarbeiter zahlen aber 70 vH Grundbeitrag, wovon die Hauptkasse jedoch nur 80 bis 85 vH erhält, während eine Reihe der obengenannten Beiträge voll an die Hauptkasse zu zahlen sind. Kolleginnen und Kollegen! Es ist höchste Zeit, daß bei uns die Erhöhung sowohl der Beiträge als der Unterstützungen vorgenommen wird. Nicht allein die Streik- und Gemeinpreiserhöhung, auch die Gewerkschaftenunterstützung muß erhöht werden. Jede Unterstützung in unserer Organisation ist eine Kampfmaßnahme. Jeder Kollege, der bei Arbeitslosigkeit ausreichend unterstützt wird, ist widerstandsfähiger gegen die Zumutung, um jeden Preis Arbeit anzunehmen.

Desfalls sei dem Vorstand gesagt: Es ist fünf Minuten vor Zwölf. Besinne dich nicht länger. Unser eigenes Ansehen, ja der Selbstbehauptungsdrang zwingt zur sofortigen Erhöhung des Grundbeitrags der I. Klasse auf mindestens 1,10 und der II. Klasse auf mindestens 80 vH. Dementsprechend sind die Unterstützungsätze zu erhöhen.

Am 16. und 17. Oktober tritt der erweiterte Beirat zusammen. Er ist verpflichtet, einzutreten, um auf schnellstem Wege die Stärkung unserer Kasse und die Erhöhung der Unterstützungen herbeizuführen. Wird dies veräußert, verlieren wir die Kraft, uns selbst zu helfen und damit die Furcht der Unternehmer uns gegenüber. Gg., Karlsruhe.

Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses

Zur Gewerkschaftsbewegung.
Eine wertvolle Ergänzung des gewerkschaftlichen Kampfes um möglichst günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen und die Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeiter ist die Konjunkturgenossenschaftsbewegung, denn sie fördert die Erhaltung der Kaufkraft des Arbeiterlohnes.

Die Konjunkturgenossenschaften sind heraus, gute, unerschöpfliche und notwendige Waren zu niedrigeren Preisen zu vertreiben. Der Betriebsüberdreh bereichert keinen Privatunternehmer, sondern wird zur Stärkung und Entwicklung des Betriebes verwendet und teilweise an die Mitglieder zurückvergütet.

Die Gruppenkassensystem deutscher Konjunkturvereine betreibt zurzeit 12 Zentralstellen in allen Teilen Deutschlands und etwa 30 Filialstellen zur Herstellung von Waren für den täglichen Bedarf, die unter dem Namen „GGS-Artikel“ in allen Konjunkturgenossenschaftlichen Verteilungstellen zu kaufen sind. Auch die Gruppenkassensystem arbeitet nach denselben Grundsätzen wie die Konjunkturgenossenschaften. Eine gemeinschaftliche Gründung der Konjunkturgenossenschaften und Gewerkschaften ist die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volks- und Lebensversicherungs-Vereinigung „Volksfürsorge“. Dessen Schwesterorganisation ist die neu errichtete Fiskus- und Sachversicherungs-Vereinigung „Selbsthilfe“.

Das Eigenumsrecht an allen diesen Unternehmungen haben die breiten Massen der Mitglieder. Durch die Entwicklung der Konjunkturgenossenschaftsbewegung und deren angeschlossenen und verwandten Organisationen wird die Gemeinwirtschaft gefördert und ein erfreulicher Schritt zu dem Ziel getan, daß sich die Arbeiterbewegung geltend hat.

Die von den Konjunkturgenossenschaften verteilte Rückvergütung ermöglicht es den Arbeiterfamilien, Rücklagen anzusammeln, die einen wertvollen Reservefonds in Zeiten der Krankheit, der Arbeitslosigkeit und auch der gewerkschaftlichen Kämpfe bilden.

Es liegt daher im wohlverstandenen Interesse aller Arbeiter und Arbeiterinnen und deren Hausfrauen, sich den Konjunkturgenossenschaften anzuschließen und ihren gesamten Warenbedarf in den Verteilungstellen der Konjunkturgenossenschaften zu decken sowie ihre Versicherungen nur bei der „Volksfürsorge“ und der „Selbsthilfe“ abzuschließen.

Der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands fordert alle Gewerkschaftsmitglieder und deren Frauen auf, die Förderung und Entwicklung der Konjunkturgenossenschaftsbewegung und der genannten Versicherungsveranstaltungen sich aufs eifrigste anlegen sein zu lassen und in der Verteidigung genossenschaftlicher Treue allen Volkstreifen vorbildlich zu sein.

Betriebsräte:

Der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands bekräftigt erneut die Beschlüsse über die Aufgaben der Betriebsräte und ihre Unterstützung durch die Gewerkschaften, die der Gewerkschaftskongress in Leipzig 1922 gefaßt hat. Er stellt mit Befriedigung fest, daß die große Mehrheit der Betriebsräte ihre Tätigkeit im Sinne dieser Beschlüsse ausübt. Die Betriebsräte haben sich innerlich der deutschen Gewerkschaftsbewegung bewährt. Es ist die Pflicht der Gewerkschaften und aller Gewerkschaftsmitglieder, ihnen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben weiterhin alle Hilfe zu gewähren.

Das Mitbestimmungsrecht kann erfolgreich nur von den Gewerkschaften gewahrt werden. Es ist ein wichtiger Teil der Arbeiterrechte und muß sorgfältig und geschäftig weiter ausgebaut werden. Die angestrengtesten Versuche der Unternehmer, die Betriebsräte den Gewerkschaften zu entfremden, sowie durch Zwangsmaßnahmen und Betriebsvereinbarungen die Gewerkschaften bei der Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auszuschalten, sind gegen das Mitbestimmungsrecht gerichtet und müssen nach wie vor von der gesamten Arbeiterschaft abgelehnt werden.

Der Kongress hält mit Entschiedenheit an dem Grundsatze fest, daß als Träger des kollektiven Arbeitsrechts auf Arbeiterseite allein die Gewerkschaften in Frage kommen. Er erklärt, daß jeder Versuch, in dem zulässigen Tarifvertragsgebiet auch Betriebsvereinbarungen als Tarifverträge anzuerkennen, von den Gewerkschaften aufs äußerste bekämpft und unbedingt abgelehnt werden muß.

Zur Technischen Nothilfe:

Der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands bekräftigt den Beschluß des Gewerkschaftskongresses in Leipzig und fordert erneut die Aufstellung der Technischen Nothilfe und ähnlicher Einrichtungen. In allen Verufen werden bei Streiks die erforderlichen Nothilfen entsprechend den gewerkschaftlichen Satzungen und Anweisungen vorzuziehen. Gerade die nötig unerschöpfliche Einschaltung der Technischen Nothilfe hat bei manchem Streik in der jüngsten Vergangenheit vermeidbare Schwierigkeiten und Schäden herbeigeführt.

Trotzdem die Technische Nothilfe bei ihrer Gründung nur als eine vorübergehende Notmaßnahme bezeichnet wurde, verlangte die Reichsregierung auch in diese Jahre noch erhöhte Mittel zum Ausbau und zur Fortführung dieser gegen die Interessen der Arbeiter gerichteten Organisation. Der Kongress fordert vom Reichstag, daß die Aufstellung der Technischen Nothilfe unverzüglich vorbereitet wird. Da der völlig unbegründeten Veranschlagung von Reichsmitteln für die Technische Nothilfe die Aufgabe gegenübersteht, daß andere notwendige Ausgaben für kulturelle und soziale Zwecke immer wieder mit dem Hinweis auf die finanzielle Notlage des Reiches abgelehnt worden sind, ist diese Forderung der Gewerkschaften um so mehr begründet.

Verflechtung von Volkvermögen

Die Firma Krupp steht mit einem französischen Konsortium unter Führung des lothringischen Großindustriellen de Wendel in Verhandlung über den Verkauf unerschöpflicher Grubenfelder im Kreis Wetzlar. Es handelt sich um die Kohlenfelder der Grube Norddeutschlands, die über Berechtigte verfügt, die für die industrielle Entwicklung Deutschlands von großer Bedeutung werden dürften. Das Vorgehen der Firma Krupp wird damit begründet, daß durch den Verkauf die Selbstlosigkeit der Firma gehärtet werden soll. Weiter wird darauf hingewiesen, daß Krupp über eine genügend große Kohlenbank verfüge, so daß er auf seine Rechte im Kreis Wetzlar verzichten könne.

Die Öffentlichkeit in Deutschland wird die Aufgabe des Verkaufs und die Begründung durch die Firma Krupp mit sehr gemischten Gefühlen aufnehmen. Der Mineralreichtum eines Landes gehört dem ganzen Volke. Die Vergebung der Bodenschätze ist nun in Deutschland so geordnet, daß sie durch den Staat an die Privatindustrie sozusagen ohne Vergütung abgegeben werden. Das Vorgehen hat schon oft Anlaß zur Kritik gegeben und die bevorstehenden Verkäufe durch die Firma Krupp zeigen wieder einmal, wie berechtigt diese Kritik ist. Im Grunde genommen werden wichtige Wirtschaftsgüter, die dem Volke gehören, dem Auslande übergeben, zur höheren Ehre und zur Stärkung der — Geldlosigkeit eines schweren Kapitalismus. Man nennt das Patriotismus.

Das Verhältnis des Fabrikanten zum Arbeiter ist kein menschliches, sondern ein rein ökonomisches. Der Fabrikant ist das „Kapital“, der Arbeiter ist die „Arbeit“. Und wenn der Arbeiter sich nicht in diese Abstraktion hineinzwingen lassen will, wenn er behauptet, daß er nicht „die Arbeit“, sondern ein Mensch ist, der allerdings unter anderem auch die Eigenschaft des Arbeiters hat, wenn er sich einfallen läßt, zu glauben, er brauche sich nicht als „die Arbeit“, als Ware im Markte kaufen und verkaufen zu lassen, so steht dem Bourgeois der Verband föhlich. Er kann nicht begreifen, daß er mit den Arbeitern noch in einem andern Verhältnis steht, als in dem des Kaufs und Verkaufs. Friedrich Engels.

Wasserkraft werden nutzbar an die Sammelschienen der Kraftstation abgegeben. Es ist schwer, sich von den Wärmemengen einen Begriff zu machen, jedoch dürften die nachfolgenden angegebenen Zahlen wenigstens einigermaßen ein Bild geben: Zum Bau des Turbinenfundaments wurden 100 Tonnem Eisenlagen zur Verstärkung des Betons und 1800 Kubikmeter Zement benötigt. Die Turbine, die einen 65 000 PS-Drehstromgenerator für 12 000 Volt antreibt, wiegt einschließlich des Regulator 630 Tonnem. Das Laufrad allein besitzt ein Gewicht von über 67 Tonnem und die Turbinenwelle hat am Auflager einen Durchmesser von 55 cm, während der äußere Durchmesser des Laufrades 4,6 m beträgt. Die neuen Turbinen nutzen ein Gefälle von 64 m aus und laufen mit 107 Touren je Minute.

Aber den gegenwärtigen Stand der Gasturbinen.

Es ist schon oft darauf hingewiesen worden, daß die Gasturbine der Gasturbinen gegenüber dieselbe Stellung einnimmt, wie die Dampfmaschine in bezug auf die Dampfmaschine. Die ungeheure Entwicklung, die die Dampfmaschine auf Kosten der Kolbenmaschine im Verlauf der letzten Jahrzehnte genommen hat, läßt die Frage sich erheben, ob nicht von der Gasturbine ein ähnlicher Erfolg der Gasturbinen gegenüber zu erhoffen ist. Die erste, von Döring im Jahre 1903 erbaute Gasturbine, System Holzwarth, gehörte schon der Geschichte an. Die zweite, 1910 von den Siemens-Schuckert-Werken in Mannheim erbaute Gasturbine besaß bereits 1000 PS Leistung und lieferte nach einigen Abänderungen so gute Ergebnisse, daß die preussische Eisenbahn 1922 ebenfalls eine 1000 PS-Turbine in Auftrag gab. Berzuch, die 1923 mit einer 700 Kilowatt- und einer 300 Kilowatt-Holzwarth-Turbine ausgerüstet wurden, ergaben Wirkungsgrade von 16 bis 18 vH. Wie veranlet, ist zurzeit eine 500 Kilowatt-Turbine im Bau, ein Zeichen dafür, daß die beteiligten Kreise Vertrauen in der Zukunft setzen. In Frankreich ist es die Firma Renault, die sich mit dem Gasturbinenproblem beschäftigt, in der Schweiz ist Brown-Boveri zu nennen, in den Vereinigten Staaten die bekannte General Electric Co. Sehr günstig beurteilt wird auch eine von Professor Sander im Verein mit der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, der Krupp A.-G. und den

Zur Geschichte der Kriegs- und Revolutionsteuerung

Der 1. Oktober ist vorübergegangen, ohne daß es dem Reichskammer Ruder gelungen wäre, sein Versprechen der Preislenkung zu halten. Im Gegenteil, es ist alles teurer geworden. Wir haben uns an dieser Stelle wiederholt mit der Sache beschäftigt und glauben, unseren Lesern gezeigt zu haben, daß die seit 11 Jahren — nämlich seit Ausbruch des Weltkrieges — fortgesetzte und nur vorübergehend unterbrochene Steigerung aller Preise kein Zufall war, sondern mit Notwendigkeit aus der gegenwärtigen Verfassung des Kapitalismus entspringt und entspringt. Deshalb ist es letzten Endes auch gleichgültig, welcher Grund jeweils im einzelnen Fall für die Preissteigerung angeführt wird: heute Davesplan, morgen Schutzölle, übermorgen Lohnerhöhung usw. All das sind Mittel und Vorwände für die Preissteigerung; die wirkliche Ursache ist das Bedürfnis des Kapitals nach Profitvermehrung und der Umstand, daß es dieses Bedürfnis heutzutage — das heißt seit Ausbruch des Weltkrieges — nur noch durch Verabdrückung der Lebenshaltung des Proletariats befriedigen kann.

Es ist von entscheidender Wichtigkeit, daß die Arbeiterklasse diese Wahrheit erfährt, daß sie ihr in Fleisch und Blut übergeht. Denn nur dann ist sie in der Lage, zu erkennen, welche gewaltige Aufgabe ihr in diesem geschichtlichen Augenblick zufällt, die sie lösen muß, wenn sie nicht zugrunde gehen will.

Deshalb ist es nötig, auch die Einzelheiten der Frage immer wieder aufs neue zu beleuchten. Vor acht Tagen haben wir ausgeführt, daß die Kapitalisten jede Lohnerhöhung auf die Preise schlagen. Daraus darf man nun aber beileibe nicht schließen, daß es ohne Lohnerhöhung keine Preissteigerung gäbe! Denn wie eben schon gesagt, die Lohnerhöhung ist keine Ursache, sondern nur ein Vorwand zur Preissteigerung. Die Arbeiter also, die etwa auf die Strengeengänge der Unternehmer hereinfallen und auf Lohnerhöhung verzichten, würden doppelt leiden: die Preise würden trotzdem weiter steigen. Dies ist leicht zu beweisen durch einen Blick auf die Geschichte der gegenwärtigen Teuerung.

Die Unternehmer — und mit ihnen die politische Reaktion — lieben es, die Sache so darzustellen, als ob die allgemeine Teuerung erst eine Folge der Revolution im Gange gewesen wäre, woraus sich dann der Schluß ergibt: „Früher, als wir unsern Kaiser noch hatten, war alles viel billiger, also...“

Das ist rund und nett eine Lüge. Eine Lüge, die sich ziemlich leicht hat verbreiten lassen, weil die Millionen Männer, die im Felde standen, nicht mit eigenen Augen gesehen haben, wie es damals in der Heimat zuging. Sie haben es nicht miterlebt, in welcher ungläublichen Weise das Kapital unmittelbar nach Kriegsausbruch durch Verteuerung der Waren seinen Profit vermehrte und namentlich hohe Verdienste am Vaterland (nicht um s Vaterland) einheimste.

Schon im Oktober 1914, als im allgemeinen noch keine „Kriegskonjunktur“ herrschte und die meisten Kapitalisten noch mit Sorgen in die Zukunft blickten, erschien in der Berliner Zeitung „Der Tag“ ein Aufsatz, worin der Verfasser, ein bekannter bürgerlicher Schriftsteller, Herr Steinmann-Bucher, es freischölich ausdrückte:

„Der Krieg ist für uns das nupbringendste Geschäft, das uns in kürzester Zeit reichere Früchte bringen wird, als die Friedensarbeit. Darum ist der Krieg für uns eine nationale Beglückung, wir werden reichere sein als zuvor.“

Das klang damals noch ein bißchen genierlich, andere Kapitalvertreter glickten sich noch und rühten von Steinmann-Bucher ab. Inzwischen, er hat Recht behalten. Während draußen die Leiber der Kämpfenden von Granaten zerrissen wurden, erlebten „wir“, das heißt die Kapitalisten dabeim, die „nationale Beglückung“ und wurden reichere als zuvor.

Am 8. Februar 1917 erschien in der Frankfurter Zeitung eine Übersicht von 416 Aktiengesellschaften, die 1915 viel höhere Gewinne hatten als 1913. In den Banken wuchsen die Einlagen ins Riesenhafte. Die acht Berliner Großbanken wiesen am 31. Dezember 1915 volle 1500 Millionen Mark mehr an Einlagen auf, als ein Jahr zuvor. Am 31. Dezember 1916 waren abermals 2500 Millionen Mark hinzugekommen, trotz der inzwischen gezeichneten Kriegsankeln. Das bedeutet: die Kapitalisten, die ihr Geld (oder vielleicht nur einen Teil ihres Geldes) in jenen acht Banken aufbewahren und verwalten ließen, sind in den beiden ersten Kriegsjahren um 4 Milliarden Mark reicher geworden. (Die Geldbewertung hatte damals noch wenig zu besagen.)

Das war auch in der bürgerlichen Presse gut bekannt. Von vielen Stimmen zitiere ich nur eine: Die Rheinisch-Westfälische Zeitung, bekanntlich ein ausgesprochenes Unternehmerblatt, schrieb im November 1916:

„Es sind bei fast allen Werken Gewinne erzielt worden, die die vorjährigen um das Doppelte, vielfach um das Dreifache übersteigen.“

Siemens-Schubert-Werke erbaute Versuchsturbine (500 PS), die jedoch eine Abart der eigentlichen Gasturbine darstellt, indem durch die treibende Kraft der Gasexplosionen eine Wasserjähle beschleunigt wird, die, durch das Laufrad einer Wasserturbine hindurch getrieben, nützliche Arbeit leistet. Der Bau einer brauchbaren Gasturbine ist von größter Bedeutung für alle jene Kraftwerke, die mit Stadtgas, Koksgas und Generatorgas betrieben werden. Sie besitzt ferner bedeutenden Wert für die Karbonisierung der Industrie. Darunter ist folgendes zu verstehen: Verfeuert man die Kohlen direkt, so gehen wertvolle Nebenprodukte verloren, unterwirft man jedoch in großem Maßstabe die Kohlen einer bei niedriger Temperatur verlaufenden Vergasung, so gewinnt man Öl, Teer, Gas usw. Die direkte Verwendung dieses Gases in Turbinen würde nun die wirtschaftlichste Lösung darstellen. Um zu zeigen, was dieser Temperaturerhöhung für eine Bedeutung zukommt, sei noch angeführt, daß aus einer Tonne nicht gerade erstklassiger Kohle, die 20 bis 30 vH flüchtige Bestandteile enthält, 12 bis 14 Liter Motorreibmittel, 70 bis 90 Liter Öl, 10 kg Ammoniak und die übrig bleibenden 70 vH Kohle zu gewinnen sind; der letztere enthält nur noch etwa 10 vH flüchtige Bestandteile und stellt ein ausgezeichnetes, nicht rauchendes und nicht rufendes Feuerungsmittel dar. Ein sehr wichtiges Anwendungsgebiet der Gasturbine liegt auch in der Verwertung des Auspuffs der Dieselmotoren. Die Firma Brown-Boveri macht zurzeit eingehende Versuche mit einer solchen Gasturbine und hat dabei festgestellt, daß trotz der 280 bis 300 vH je Sekunde betragenden Schwundigkeit der Auspuffgase weder die Leistung noch der Wirkungsgrad der Dieselmotoren beeinträchtigt wird, wenn man die kinetische Energie dieser Auspuffgase in einer Turbine ausnutzt. Es wird angegeben, daß die anfänglichen Schwierigkeiten, Metalle zu beschaffen, die den schweren Beanspruchungen in der Gasturbine standhalten, nun überwunden sind. Die Temperaturen, denen beispielsweise die Turbinenchaufeln ausgesetzt sind, betragen mindestens 400 bis 500 Grad Celsius, und das Nützliche ist, daß schon bei 400 Grad die meisten Metalle und Legierungen rasch an Festigkeit einbüßen. So beträgt die Zugfestigkeit des Stahls bei 300 Grad nur noch etwa die Hälfte. Man hat bei den Versuchen nicht nur alle Arten Stahl und Legierungen durchprobiert,

Demokratische Blätter, wie die Berliner Volkszeitung, die Frankfurter Zeitung und andere, sprachen von „märchenhaften Gewinnen“, womit der Krieg „die Industrie“, das heißt die Kapitalisten überflutet habe.

Frägt man nun, wo diese plötzlichen und gewaltigen Gewinnsteigerungen hergekommen sind, so ist kein Zweifel möglich: das teure Vaterland mußte höhere und in manchen höheren Preise für jeglichen Kriegsbedarf zahlen.

Das sagt kein „Deher“, kein „vaterlandslöser Geselle“; ich kann mich vielmehr auf die größten Patrioten berufen.

Am 15. Februar 1919 hat in der Nationalversammlung der damalige Finanzminister Schiffer mitgeteilt, gleich zu Beginn des Krieges hätte die Heeresverwaltung den Pleasanten derartig hohe Preise geboten, daß diese Bedenken trugen, sie anzunehmen. Aber sie haben sich bald beruhigt. Im Archiv für Sozialwissenschaft beschrieb 1916 der Professor Eulenburg, wie die Intendanturen mit ihren Einkäufen stets und regelmäßig die Preise in die Höhe trieben: „Es darf für den Heeresbedarf nicht darauf ankommen, was es kostet.“ — In der Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung (25. August 1916) teilte Dr. Stille mit:

„Die Heeresverwaltung zahlt die höchsten Preise, gleichgültig, ob sie als Käufer auf dem Schlachthof erscheint oder als Abnehmer von Ausrüstungen oder anderem Kriegsmaterial.“

So hats angefangen. Hier haben wir den Ursprung der allmählich immer tiefer wachsenden Verteuerung aller Waren: am ersten Kriegstage ging's los, 4% Zusage vor der Revolution.

Und bei dieser holden Gewohnheit blieben die Kapitalisten dann auch später. Ich will mich auf ein Beispiel beschränken. In der Deutschen Bergwerkszeitung vom 7. Oktober 1923 verteidigt sich der Deutsche Stahlbund gegen den Vorwurf des Wuchers. Seine Preise, so behauptet er, richteten sich genau nach den Herstellungskosten, diese aber würden sogar durch einen Vertreter der Arbeiter nachgeprüft. Ein paar Tage darauf meldete sich dieser Vertreter der Arbeiter, unser Kollege Wetmann zu Düsseldorf, und erklärte, er habe allerdings die Selbstkosten einiger Unternehmer nachgeprüft und dabei gefunden, daß die vom Stahlbund angegebenen Selbstkosten — und folglich auch dessen Verkaufspreise — viel zu hoch waren. Über es habe kein Pohn danach geträht, kein Preis sei darum erhöht worden. Dabei kam auch heraus, daß die Unternehmer sich immer noch auf eine Kalkulation aus dem Sommer 1921 stützten, laut welcher eine halbe Tonne Kohlen mehr auf eine Tonne Stabeisen verrechnet wurde, als inzwischen, infolge Fortschritts der Wärmetechnik, nötig war. Die Unternehmer ließen sich also jahrelang auf jede Tonne Stabeisen eine halbe Tonne Kohlen bezahlen, die sie gar nicht verbrauchten! Auf diese Weise ist zum Beispiel Stabeisen wie folgt verteuert worden:

1914	99 bis 100 Goldmark die Tonne
Februar 1923	165 Goldmark die Tonne
September 1923	240

Es ist schon so: verdienen wird groß geschrieben in der kapitalistischen Welt. Und je weniger das Kapital in der Lage ist, seine einstige Funktion in der Vermehrung, Ausbreitung, Verbilligung der Produktion zu erfüllen, desto mehr wirft es sich darauf, seine Gewinne durch Preissteigerung zu erhöhen. Zugleich hat es den traurigen Mut, die kümmerlichen Arbeitslöhne für die Preissteigerung verantwortlich zu machen.

Arbeiterentlassungen in der Autoindustrie

Durch die Tagespresse laufen ständig Meldungen von Arbeiterentlassungen in der Autoindustrie. Von den Daimler-Werken in Untertürkheim sollen 1800 Mann entlassen worden sein; Benz-Mannheim habe 800 Arbeiter gekündigt und er wolle fortan den Betrieb nur vier Tage offen halten; in den Redarftwerke Fahrzeugwerken seien 1000 Mann von der Entlassung bedroht, ferner sollen die Adler-Werke, die Prestomote und auch die Durrwerke Betriebs einsparungen angekündigt oder schon vorgenommen haben. Die Aga (Stinnes jr.) steht unter Geschäftsaufsicht und das gleiche soll bei der Kabag-Mannheim und den Fasir-Werken in Aachen der Fall sein. Ob sich dies alles wirklich so verhält, vermögen wir nicht bestimmt zu sagen, da uns zur Stunde zuverlässige Nachrichten fehlen. Bezüglich der Daimler-Werke erfahren wir, daß die entlassenen und die aus Besorgnis entlassen zu werden, ausgeschiedenen Leute bis auf einen sehr kleinen Bruchteil in anderen Betrieben untergekommen sind.

Es ist sehr geboten, solche Meldungen mit Vorsicht aufzunehmen. In der letzten Zeit sind sehr oft, bald von hier, bald von dort umfangreiche Entlassungen gemeldet oder in sichere Aussicht gestellt worden, was sich, als wir der Sache auf den Grund zu kommen suchten, als unwahr oder doch als gewaltig übertrieben herausstellte. Die Stellen, die solche Nachrichten loslassen, haben gar oft bestimmte Gründe, aber keine ethischen, den Stand ihres Gewerbes trübe erscheinen zu lassen, sei es, um steuerliche Belastung abzuwehren oder Zollschutz zu erlangen, sei es, um die Arbeiter von Lohnforderungen abzuführen.

Erfahrungen mit der Gefrierfleischbeförderung.

Obwohl die Kältekrankheit, insbesondere in ihrer Anwendung auf den Transport leichtverderlicher Waren über die See, ganz beträchtliche Fortschritte gemacht hat seit ihrer erstmaligen Einführung in den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts, so scheint es doch, daß die Vollkommenheit noch nicht ganz erreicht ist. Von Zeit zu Zeit mußten immer wieder Fleisch- und Obstsendungen, die auf der Fahrt Schaden genommen hatten, von den Hafenbehörden zurückgewiesen werden. Was das Fleisch betrifft, so suchte man vor einigen Jahren noch das Aldehydmittel in der Formaldehyd-Desinfektion beständig geschädigten Fleisches im Schlachthaus vor der Verschiffung. Jedoch traten hier die Gesundheitsbehörden bald dazwischen und verboten rundweg die Verwendung von Formaldehyddämpfen, was wohl seinen Grund darin gehabt haben dürfte, daß manche Gefrierfleischhändler Formaldehyd benutzten, um über den Zustand bereits verdorbenen Fleisches hinwegzutäuschen. In der neuesten Zeit gehen die Bestrebungen, hauptsächlich in Australien, dahin, das Fleisch nicht im Freien, durchgefrorenen, sondern im weichen, lediglich gekühlten Zustand zu versenden, da infolge der dann besseren Wärme der Ware der Preis bei der Ankunft ein höherer ist. Ganz wesentlich für diese Art der Beförderung ist es, die Luft in den Kühlkammern dauernd trocken und rein zu halten. Man erreicht dies dadurch, daß man durch die Luft der Verdunstung ganz trocken gemachten und sterilisierten Ammoniak vorhindert, die beim Durchgang durch besondere Behälter getrocknet und gereinigt wird. Wie sehr es darauf ankommt, die Luft in den Kühlräumen vollkommen rein zu halten, zeigt ein kürzlich beanstandeter oberseefischer Transport (etwa 32 000 Fässer) von Butter, die bei der Ankunft mit starkem Maschinenlärm behaftet war. Die Untersuchung ergab, daß das Schiff, das zuerst Kohlenverladung besah, für Ölbeheizung umgemacht worden war, und daß durch Undichtigkeiten des Tanks oder sonstwie Öl abtropfte. Der Öldunst erfüllte die Schiffsluft, gelangte so auch in die Fässer und wurde in dem Butterfett festgehalten.

Nachdem wir so zur Vorsicht solchen Meldungen gegenüber gemacht haben, wollen wir nicht in Abrede stellen, daß in diesem oder jenem Wert durch Umstellung auf einen anderen Typ, Verbesserung der technischen Ausrüstung, Geldknappheit oder Absatzmangel Schwierigkeiten vorhanden sein können. Indessen beweisen wir stark, daß sich diese Schwierigkeiten bei einer großen Zahl von Werken gleichzeitig und sozusagen über Nacht so heftig einstellten, daß eine Betriebs einsparung notwendig wird. Die Gleichzeitigkeit der Streifenmeldungen ist recht verdächtig. Man kann die Vermutung nicht unterdrücken, daß damit ein Druck auf die Reichsregierung ausgeübt werden soll, die (erst kaum gestattete) Einfuhr von Automobilen wieder aufzuheben, um auf diese Weise den Zwang durch den ausländischen Wettbewerb zu ergebigeren Herstellungsweisen und niedrigeren Preisen wieder auszuweichen.

Außerdem ist die Abneigung der Industriellen gegen Lohn-erhöhung nicht außer acht zu lassen. Den Arbeitern wird durch den Zoll- und Steuerwucher, den die Deutschnationalen, Volksparteiler und das Zentrum verübt haben, die Lebenshaltung beträchtlich verteuert. Wollen die Arbeiter nicht verkommen, so müssen sie für die Wahrung eines Ausgleichs durch Lohnaufbesserung verlangen. Es ist, wie gesagt, nicht von der Hand zu weisen, daß die Industriellen den Zwang zu Lohn-erhöhungen abzuwenden trachten, indem sie ihre Lage düster melden lassen. Sie mögen annehmen, die Arbeiter liegen sich dadurch bestimmen, mit ihrer bisherigen Bezahlung zufrieden zu sein und die amtlichen Schlichter wie deren Obrigkeit setzen auf diese Weise zu beeinflussen. Wie groß das Verständnis dieser Obrigkeit für die Politik der Unternehmer ist, läßt sich in der „Altenmole“ des Unternehmerrundbundes Dr. Meisinger nachlesen.

Aus alledem ergibt sich für die Arbeiter, sich nicht durch die Meldungen von Betriebs einsparungen verblüffen zu lassen, sondern nach wie vor fortzufahren, ihre wahrlich nicht rosige Lage zu verbessern. Wo wirklich Entlassungen in Aussicht stehen oder vorgenommen werden, sollten unsere Kollegen ohne Zerkverluft und mit allein Nachdruck von den Behörden fordern, daß sie ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit tun, das heißt, daß sie ernstlich versuchen, die Entlassungen zu verhindern, und wenn das nicht möglich sein sollte, daß sie Mittel und Arbeitsgelegenheit für die Entlassenen beschaffen. Denn der Staat, der die arbeitenden Schichten als Verbraucher wie als Steuerzahler so nachhaltig schröpft, muß auch Mittel und Wege finden, für sie in wirtschaftlichen Notlagen zu sorgen. Es ist nicht einzusehen, warum ausgerechnet die etwas entlohnten Arbeiter immer die Opfer einer nutzlos un sinnigen Zoll- und Steuerpolitik und einer respektwidrigen Fähigkeit der „Wirtschaftsführer“ sein sollen. So nachdrücklich, wie für die Unterhaltung entlassener Arbeiter eingetreten werden muß, muß für die Stärkung der Gewerkschaft gefordert werden. Es gibt nun einmal kein anderes Mittel zur Verhütung wirtschaftlicher Unbill, wie eine starke Gewerkschaft. Wer sie nicht durch Beitritt und Mitarbeit kräftigt, der hat kein Recht, über schlechte Bezahlung, Brotlosigkeit und Hilflosigkeit in der Not zu klagen.

Stand der Aga-Werke. Die Revisions- und Trennhand-gesellschaft A.-G. hat ein Gutachten über den Stand der Aga-Werke fertiggestellt. Es bestätigt die Angaben der Verwaltung, daß es sich bei den Werken nur um einen Mangel an flüssigen Mitteln handele. Weiter heißt es in dem Gutachten: „Wir haben andererseits inzwischen eine fast abgeschlossene Prüfung der Rentabilität auf Grund der bisherigen Entwicklung vorgenommen und sind dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß die von uns geprüften Betriebsrechnungen nachgewiesen haben, daß die Herstellungskosten für den gangbarsten Fabrikations-typ (Phaeton-Vierstler mit Limber-Parasol) um ursprünglich rund 5300 M auf nunmehr rund 4700 M herabgedrückt wurden. Das bedeutet, daß die früher verlustbringende Fabrikation im Laufe des letzten Monats rentabel gestaltet worden ist.“ Wie verlaunt, sollen auf Grund dieses Gutachtens die Geschäftsaufsichtsräten sowie der Gläubigerbeirat für die Verlängerung der Geschäftsaufsicht sein.

Klempner und Formner

bestellen bei ihrer Vorwärtungsstelle den erstmalig für diese Branchen besonders hergestellten

KALENDER 1926

Die Geldhilfe der Eisernen Internationale für den belgischen Ausstand

In der neuesten (Oktober-) Ausgabe des Metallurgists gibt der Vorstand des belgischen Metallarbeiterverbandes einen Rückblick auf den nunmehr durch allgemeine Wiederaufnahme der Arbeit ganz beendeten Ausstand im Maschinenbau. In dem Aufsatz wird auch berichtet über sämtliche Unterzählungen, die die anderen Organisationen für diesen Kampf geleistet haben. Den Teil der Abrechnung, der die Eiserne Internationale betrifft, lassen wir nun folgen. Der Verbandsvorstand hat von ausländischen Bruderverbänden insgesamt 1 477 702 (belgische) Franken erhalten, und zwar von

Internationalen Metallarbeiter-Bund	direkt 1 362 650 Frk.
Französischen Metallarbeiter-Verband	13 500 Frk.
Niederländischen Metallarbeiter-Verband	43 000 Frk.
Ungarischen Metallarbeiter-Verband	6 000 Frk.
Tschechoslowakischen Metallarbeiter-Verband	52 052 Frk.

Burdawweisung kommunistischer Unterstützung

In der gleichen Nummer des Metallurgists gibt der Vorstand des belgischen Metallarbeiterverbandes auch Antwort auf die Anfrage, warum er die kommunistische Streikunterstützung zurückgewiesen habe. Es waren ihm von dem kommunistischen Abgeordneten Jaquemotte 56 000 Franken (11 000 M) für den großen Ausstand übergeben worden mit der Beifügung, die Summe stamme vom all-russischen Metallarbeiterverband. Der Vorstand hat diesen Betrag zurückgewiesen, und zwar, wie er schreibt, aus folgenden Gründen:

„Die, welche uns ständig anfragen, wir seien Vertreter der Arbeiterklasse und die Gefassten des Unternehmertums, und die auf diese Weise unsere Bewegung fortgesetzt, haben nicht genug Würde und Logik, um sich zu enthalten, Geld für eine Organisation von Vertretern der Arbeiterklasse zu senden. Wir aber, wir haben Würde genug, um keinen Groschen von denen anzunehmen, die sich durch ihre Haltung als die schlimmsten Gegner unserer Organisation erklären. Wir glauben um so mehr zu unserer Haltung berechtigt zu sein, als wir feststellen, daß überall, wo die Kommunisten eine Arbeiterbewegung leiten, sie sich im Niebergang befinden, während es unsererseits wohl geht angesichts der Tatsache, daß sie in dem kürzlich beendeten großen Kampf den Sieg errungen hat zum Nachteil der Unternehmer — und der Kommunisten. Denn wir sehen, daß die einen wie die andern sehr unzufrieden sind.“

Der neue Vorsitzende der englischen Gewerkschaften

In unserm Veltausatz über Scarborough (Nr. 40) wurde gesagt, daß die auf dem rechten Flügel stehende Wih Bondfeld als künftiger Vorsitzende des Generalrates der englischen Gewerkschaften bezeichnet werde. Das ist nicht eingetroffen, sondern als Nachfolger des bisherigen Präsidenten Ewoles wurde Arthur Hugh, der Sekretär des Stahlhämmerverbandes gewählt. Unter Kollege Hugh, der auch in deutschen Verbänden wohl bekannt ist, wird zu den sehr Gemäßigten gezählt. Diese Wahl ist ein weiterer Beweis für die Grundstimmung des Kongresses von Scarborough, der von drohenden Reuten als „revolutionäre Bewegung“ gefeiert wurde und darum in Deutschland nachgemacht werden müsse.

Gewerkschaften — Konsumgenossenschaften — Wirtschaftsdemokratie

—ff. Der Breslauer Gewerkschaftslongreg hat sich mit einer Frage beschäftigt, die von allgemeiner volkswirtschaftlicher, von kultureller Bedeutung ist. Die Wirtschaftsdemokratie, um die es sich hierbei handelt, enthält ebenso die Elemente des politischen wie des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiterklasse um die Beseitigung der Ausbeutung bei der Gütererzeugung, welche Güterzeugung und Güterverteilung umfaßt. Daß diese Frage etwas Neues wäre, das die bisherigen Aufgaben und Ziele der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung übersteigt, kann man nur behaupten, wenn man der Gewerkschaftsarbeit eben nur die Lohn- und Arbeitszeitpolitik zuweist. Diese Auffassung ist falsch. Wohl nur die jahrzehntelangen Kämpfe der Gewerkschaften um ihre Anerkennung als gleichberechtigten Verhandlungspartner mit den Unternehmern konnten darüber hinwegtäuschen, daß dem Programm der Gewerkschaften ungleich höherstehende Aufgaben und Ziele eigenständig sind, die aber an sich nur die folgerichtige Fortführung einer Linie bilden, an deren Beginn die Lohnfrage stand.

Hatte doch Karl Marx schon vor 60 Jahren durch den ersten internationalen Arbeiterkongreß in Genf in dessen Entschuldigungen feststellen lassen, daß die wirtschaftliche Besserung den großen Endzweck der Kämpfe der Arbeiterklasse bilden muß und daß die Gewerkschaften die „Kernpunkte der Organisation der Arbeiterklasse“ sind, die danach ebenso folgerichtig diese Endkämpfe führen müssen.

Endkämpfe. Es wäre irrig, den Begriff des Wortes so aufzufassen, als ob diese Endkämpfe schon heute geführt werden könnten. Denn, wie die Vorträge und Aussprachen in Breslau über die Wirtschaftsdemokratie zeigten, ist erst die notwendige Klärung über Mittel und Wege notwendig, um an die Endkämpfe heranzutreten. Die politische Seite der Frage ist insoweit entschieden, als durch die Aufrichtung der Republik die formale Demokratie als Staatsverfassung errungen ist. Sie bildet die Voraussetzung für die Führung der Endkämpfe um die Wirtschaftsdemokratie, und insoweit ist der Kampf für die Erhaltung der Republik ein wichtiger Bestandteil für den Sieg der Wirtschaftsdemokratie. Was nun die Mittel und Wege anbelangt, die Endkämpfe für das Ziel zu führen, so ist richtig, was man in Breslau über die Bedeutung der Betriebsräte und über die Ausdehnung ihrer Rechte für die Wirtschaftsdemokratie feststellte. Auch über das Eindringen in alle Wirtschaftskörper der Gemeinden und des Staates. Aber dies bedeutet zunächst nicht ohne weiteres Wirtschaftsdemokratie, sondern erst Betriebsdemokratie, die ein alter Bestandteil der Gewerkschaftspolitik ist. Es ist noch nicht Wirtschaftsdemokratie, die den Allgemeinbesitz der Produktionsmittel begründet, deren Elemente demnach Besitz- und Betriebsdemokratie bilden.

So richtig und notwendig also die Erringung der Betriebsdemokratie ist, wichtiger und entscheidend für den Kampf um die Wirtschaftsdemokratie — die wirtschaftliche Befreiung der Arbeiterklasse — ist der Allgemeinbesitz der Produktionsmittel, die Besitzdemokratie.

Durch solche Betrachtung des Problems gewinnt erst die weitere Auffassung, in Breslau durch den gewerkschaftlichen Hauptredner ausgedrückt, ihre große Bedeutung:

„Daß wir mittels der Genossenschaften immer mehr Betriebe dem kapitalistischen Einfluß entziehen.“

Folgerichtig lehnte nun auch der Gewerkschaftslongreg den Schlüsselpunkt unter diese Auffassung, indem er in seinen wirtschaftlichen Entschuldigungen betonte:

„Planmäßige Unterstützung der Konsumgenossenschaften, besonders durch Förderung konsumgenossenschaftlicher Eigenproduktion.“

Genau wird die Schwerindustrie wie die Großindustrie überhaupt nicht durch die Konsumgenossenschaften „niedergelämpft“. Aber die Genossenschaftsbewegung bildet den notwendigen Humusboden, auf dem Wirtschaftsdemokratie wächst — im Geist und in der Tat. Sie bildet nach Karl Marx den „praktischen Anschauungsunterricht“ dafür, „daß das bestehende verarmende und heillosige System der Unterjochung der Arbeit unter das Kapital aufgehoben werden kann durch das sozialistische und republikanische System der Assoziation von freien und gleichen Produzenten.“

Dieses „System der Assoziation“ heißt in unserem Leben Deutsch: Genossenschaftsbewegung, und in seinem endgültigen Begriff und Wesen: Wirtschaftsdemokratie. Indem nun die Gewerkschaften in ihren Breslauer Beschlüssen den Endkampf um die Wirtschaftsdemokratie erklärt und als eines der Mittel zur Erreichung des Zieles die planmäßige Unterstützung der Konsumgenossenschaften, insbesondere durch Förderung der konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion anerkannt haben, muß Geist und Tat der ganzen Gewerkschaftsbewegung auf diesen Punkt gerichtet werden. Man muß also mit allem Willen und aller Kraft vom Beschluß an Tat schreiten, nachdem man durch die Erkenntnis zum Beschluß gekommen ist.

Jeder Gewerkschaftsgenosse, ob mit oder ohne Familie, muß Mitglied einer Konsumgenossenschaft sein oder werden; jeder muß durch lebendige Teilnahme die Entwicklung der Konsumgenossenschaft fördern, um sie zur höchsten Leistungsfähigkeit zu erheben. In diesem Besitze muß jeder Gewerkschaftler seine Kraft vollständig der Konsumgenossenschaft zur Verfügung stellen — und dann, aber auch nur dann werden genossenschaftliche Betriebe für die Wirtschaftsdemokratie bereit sein, die den großen Endzweck der Kämpfe der Arbeiterklasse bilden.

„Hände weg von Sowjetrußland!“

Über die Rußland-Delegation und ihre Verichterstattung werden in gewerkschaftlichen Kreisen fast täglich Stimmen laut, die in der Tagespresse so zahlreich zum Ausdruck kommen, daß wir glauben, hier nur der Wiederholung absehen zu können. Immerhin ist eine Beschränkung wünschenswert, die aus Hamburg lautet:

Die Verichterstattung der Rußland-Delegation können wir nicht als Partei, die sie nicht von der Sowjetregierung, sondern von der Arbeiterklasse der Reichsbannerpartei her empfangen werden sehen. Wenn bekannt ist, daß die Parteilose-Verteiler sich nicht nur hier des richtigen Urteils zu fähig sind, die Art der Verichterstattung ist mehr als eigenartig. Sie wird gegeben in „offiziellen Betriebsversammlungen“ der für die SPD geeigneten Betriebe. Welcher Verichterstattung? Entweder man hält eine offizielle Versammlung oder eine Versammlung des betreffenden Betriebes ab. Es ist gut zu wissen, wie diese Versammlungen zustande kommen. Ein Betriebsausschuss, natürlich ein SPD-Mann, beruft eine Versammlung eines oder mehrerer Betriebe ein. Es fällt ihm aber nicht ein,

mit den maßgebenden Funktionären der umliegenden Betriebe vorher Rücksprache zu nehmen. In Hamburg ist auf diese Weise versucht, für vier Betriebe der Metallindustrie eine Versammlung zustande zu bringen. Zur Kostenbedeckung war ein Eintrittsgeld von 10 M vorgesehen. Für das benachbarte Schiffsbau ist durch die Leitung der SPD ein Rundschreiben an die Betriebe gelangt, um Versammlungen für die Verichterstattung zu erzielen. Der Erfolg war gleich Null. Sozialdemokratische Mitglieder der Delegation werden als Verichterstatte gerne bevorzugt. Aus Gründen der Vorsicht sind aber immer noch kommunistische Rußlandreisende anwesend, um „ergänzen“ zu können. Bezeichnend.

Nun einiges zur Verichterstattung selbst. Daß die Verichterstatte nur bringen, was schon über Rußland bekannt ist, ist durchaus verständlich, da sie bei der Größe Rußlands die meiste Zeit fahrend auf der Eisenbahn zubringen müssen. Wenn sie feststellen, daß „die Mängel in Sowjetrußland Schuld des Zarenismus, des Krieges und Bürgerkrieges und der Hungersnot sind“, dann muß bei einer Gegenüberstellung der Verhältnisse doch betont werden, daß auch wir in Deutschland ein Kaiserium, Krieg, Bürgerkrieg, Unterernährung und andere Notstände überwinden mußten. Haben die Kommunisten bei der Verichterstattung dieser Schwierigkeiten den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie irgendwelche Hilfe geleistet? Nein, die SPD war vielfach Ausgangspunkt größter innenpolitischer Schwierigkeiten. Die Folgen spürten die Arbeiter und Angestellten. Sehr loblich, wenn die Rußland-Verichterstatte betonen, sie hätten festgestellt, daß politische Befehle „in hellen, luftigen Räumen untergebracht sind, eine eigene Musiklapelle und ein eigenes Kino besitzen.“ (Was in Deutschland auch für andere Befehle vorhanden ist.) Aber weshalb hat kein Wort darüber, warum die Menschheit in eingesperrt sind? Haben die Delegierten, insbesondere die sozialdemokratischen, danach nicht gefragt?

Der Münchner Delegierte Freiburger wird als „Praktiker“ gegen den „Theoretiker“ Kautsky als Kronzeuge angeführt. Der Hamburger Delegierte kann nur im Auftrage einer Real-Walzwirtschaft der Arbeiter in Hamburg Wert eine rote Fahne überreichen. Doch trotz dieser Aufmachung will die Geschichte nicht recht gelingen. Man verzieht sich eine andere Art. In Gewerkschaftsversammlungen sollen Anträge angenommen werden, die den Vorstand des DMB veranlassen, eine Studienkommission nach Rußland zu schicken. Können die Delegierten überhaupt einen Zweck haben? Würden die deutschen Kommunisten sich etwas weniger um Rußland kümmern, sondern sich mehr darauf bekümmern, daß es in Deutschland für die Arbeiterklasse noch so unendlich viel zu tun gibt, so wäre schon viel gewonnen. Die Zeit, die die Arbeiterklasse mit dem ganzen Delegationsrummel verdirbt, muß der Kapitalist wirksam gegen sie aus. Darum: „Hände weg von Sowjetrußland!“

Der auf Armenrecht klagende Großgrundbesitzer

Aus Pommern wird dem Presseamt des DMB folgender Vorgang gemeldet:

„Einem in der Nähe von Pommern wohnenden Besitzer eines großen Gutes ist auf seinen Antrag das Armenrecht bewilligt worden zur Klage gegen seinen Pächter.“

Der Großpächter mit dem Armenrecht trägt den Namen von der Oken-Fahlebed und ist in Gubmin bei Sydow, Kreis Schwane, ansässig. Dieser adlige Herr verpachtete im Jahre 1919 einen Teil seines Gutes an einen Herrn Ein. Der Vertrag geht bis zum Jahre 1931. Die Pacht ließ sich Herr von der Oken zuerst in Geld und nach Änderung des Vertrages in Naturalien zahlen, weil er hierbei besser gestellt war. Jetzt steht der Preis für Roggen schlecht, die Pachtsumme dementsprechend niedrig, und deswegen möchte der Gutsherr wieder das Gut übernehmen, um so mehr, als die Wirtschaft, die bei der Verpachtung verlorien war, durch die Umkehr und den Preis des Pächters wieder in Zug gebracht worden ist. Da kein Grund für eine Aufhebung des Pachtvertrages vorhanden ist, muß ihn Herr von der Oken herbeiziehen. Der Pächter hat das Vermögen auf den Wiesen weiden lassen, und diesen Umstand benutzt Herr von der Oken, um auf dem Klagewege gegen seinen Pächter vorzugehen. Aber der Gutsherr scheint selbst nicht daran zu glauben, daß er den Prozeß gewinnt. Da er in diesem Falle den Prozeß selbst bezahlen mußte, hielt er es für geraten, Klage beim Amtsrichter Epping in Sydow vorzubringen, um sich ein Armenrecht ausstellen zu lassen.

Herr von der Oken unterhält einen Park mit zwei Kutschern, baute sich vor einigen Jahren ein prächtiges Schloß, das er luxuriös einrichten ließ, und behielt von seinem 600 Morgen großen Gut den Wald von 400 Morgen, von dem 200 Morgen Altholz tragen und schlagfähig in eigener Bewirtschaftung stehen. Außerdem bezieht er eine verhältnismäßig hohe Pacht aus den übrigen Ländereien. Umsovorher Epping wargerte sich, dem Banijche des Herrn von der Oken nachzukommen. Und was geschah? Der Landrat des Kreises Schwane veranlagte Herrn Epping unter Strafandrohung, dem Großpächter das Armenrecht auszustellen! Nun kann der Mann getroffen liegen. Verliert er, dann wird der Staat die Ehre haben, die Prozeßkosten zu tragen.“

In diesem Vorgang findet man fast keine Worte. Durch ihn wird wieder einmal so recht gezeigt, wie weit die Rücksichtslosigkeit eines Großgrundbesitzers gehen kann, wenn es sich darum dreht, persönliche Vorteile zu ergattern. Man rehet von einer Parteilichkeit der republikanischen Landräte. Nun, der Landrat des Kreises Schwane ist unseres Wissens nicht Republikaner.

Vorgen schmälert den Verdienst

Die Konsumvereine führen von jeher den Kampf gegen das Vorgenwesen. Manche Arbeiterfamilie verdankt dem Konsumverein den geliebten Haushalt. In der Inflationszeit verpachteten die letzten (politischen) Reste der Panypwirtschaft. Auch die Privatwandler und ihre Veranlagungen werden sich nicht gegen die Panypwirtschaft, deren verhängnisvolle Folgen für den Arbeiterhaushalt jedem Sozialpolitiker bekannt sind. Jeder schließt sich dem Abell dank der Überzeugung des Kleinhandels wieder ein; es wird besorgt, und mancher Verkäufer verliert die Schuldverschaffung. Immerhin wurde bislang nur auf Wunsch des Käufers besorgt; daß sich der Verkäufer zum Vorgen ohne Sicherheit freiwillig anbot, kannte man nicht. Doch auch das kommt heute vor. Die vielen Händler, die sich seit dem Krieg und der Inflation in die Warenverteilung eingeschoben haben, wollen die Käufer in Abhängigkeit zu ihnen bringen, denn sie wissen, einmal mit Panypen begonnen, begibt sich der Käufer aller seiner Rechte. Der Händler hat ihn in der Hand, er kann es wagen, dem Schuldner Sicherheit und keine Ware anzufordern. Bei diesem Treiben riskiert auch der Händler und er ist gezwungen, sein Risiko auf die Nichttreuefähigkeiten zu verteilen. Darum Kampf dem Vorgenwesen und sich gewerkschaftlich organisieren.

Paul Dittmar

Am 1. Oktober hat in Leipzig unser treuer Kollege, der Graveur Paul Dittmar, Er ist nahezu 60 Jahre alt geworden. Unser Paul Dittmar war nicht nur ein tüchtiger Arbeiter seines Gewerbes, sondern auch ein hervorragender Organisator innerhalb der modernen Arbeiterbewegung. Gleich nach seinem Ausbruch aus der öster Jahre ist er in Leipzig beim Arbeiterklub der Gravateure an. In der Folgezeit, als auch in dem Verband der Graveure und seit dem Übertritt des Verbandes zum Deutschen Metallarbeiter-Verband im Jahre 1907 war der Verband ein pflichterfülltes, tätiges Mitglied. Auf der Delegiertenkonferenz der Graveure und Ingenieure im November 1919 wurde er als Mitglied der Reichsdeputationsmission gewählt und hat bis zum letzten Tag fleißig und eifrig in dieser Kommission die Sache der Kollegen vertreten. Wir, die wir mit ihm bezaugten waren, an erster Stelle die Sache der Kollegen zu führen, wir wissen es ganz besonders zu schätzen, was uns der Kollege Paul Dittmar war. Wir werden diesen alten, treuen und anfrichtigen Mitarbeiter und Kämpfer ein dauerndes Andenken bewahren. E. S.

Des Hamburger Echo 50. Geburtstag. Am 3. Oktober hat die weithin wohlbelannte sozialdemokratische Zeitung Hamburgs ihr 50-jähriges Bestehen gefeiert. Die Ausgabe von diesem Tage ist im Besonderen erschienen. Beim Lesen der Aufsätze der Jubiläumnummer werden einem aufs neue die ungeheuren Schwierigkeiten bedrückt, die die sozialdemokratische Presse in ihrer Jugendzeit zu überwinden hatte und welche unersäglich Mühe es ihr kostete, sie über die gesetzlichen, politischen und wirtschaftlichen Widrigkeiten hinwegzubringen. Dem Hamburger Echo war, was die Jubiläumnummer bezug, ein ungewöhnlich hoher Preis von geistig und politisch fähigen Kämpfern besetzt. Und deren Fähigkeiten und Beharrlichkeit ist es gütlich mit zu verdanken, daß das Echo seine hervorragende Stellung im Blätterwald der internationalen Arbeiterpresse errang. Der langen Reise solcher Statuten schießen wir uns gerne an. Zu der Anerkennung für seinen 50-jährigen Dienst am arbeitenden Volke fügen wir den Wunsch, daß es auch fernerhin blühen und gedeihen möge.

Woh dem, der allein ist. Fällt ihrer einer, so hilft ihm sein Gesell auf. Woh dem, der allein ist! Wenn er fällt, so ist kein anderer da, der ihm aufsteht. Auch wenn zwei beieinander liegen, wärmen sie sich; wie kann ein einzelner warm werden? Einer mag übermäßig werden, aber zweien mögen miderstehen; und eine dreifältige Schnur zeigt nicht leicht entzwei. Prediger Salomo, 4, 10—12.

Schriftenschau

(Zur Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Die Lohnsteuer und ihre Erleichterungen und Ermäßigungen. Von Paul Herz und Erich Wimmer. Verlagsgesellschaft des DMB, Berlin S 14, Jnielplatz 6. 80 Seiten. Preis brosch. 1,35 M . — Seit langem bestand bei allen Lohn- und Gehaltsempfängern der Wunsch nach einem Beweiser durch die Bestimmungen der Lohnsteuer. Einer zusammenfassenden Darstellung der Steuerabzugsbestimmungen stellen sich aber immer wieder unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen. Durch das neue Einkommensteuergesetz ist eine Festlegung der grundlegenden Bestimmungen erreicht. Damit ist endlich die Möglichkeit für die so überaus wichtige Zusammenstellung aller Lohnsteuerbestimmungen gegeben. Diese Aufgabe erfüllt die Broschüre in vorbildlicher Weise. Daher wird dieses Werk für jeden Lohn- und Gehaltsempfänger von großem Nutzen sein. Vor allem wird es ein Hilfsmittel für alle Betriebsräte, Gewerkschaftssekretäre und Parteifunktionäre sein.

Die Arbeit. Das 9. Heft der Monatschrift des DMB ist erschienen. Es enthält Aufsätze über Verbilligung der landwirtschaftlichen Produktion, die russische Agrarrevolution, Wirtschaftsfonds der Gewerkschaften usw. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 3 M , für Organisierte 2,40 M .

3. Konferenz zur Besprechung von Fragen der gewerkschaftlichen Jugendarbeit. Protokoll der Tagung vom 6. und 7. August d. J. in Hamburg. Dem Konferenzprotokoll ist ein umfassender Bericht des Jugendsekretariats des DMB beigegeben. Preis 1,10 M . Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Jnielplatz 6.

Im 19. Jahrhundert. Worte zu den Geschehnissen der Zeit in 6 Bänden. Preis 50 M . Verlag Kultur und Politik, Leipzig, Rantstädter Steinweg 33.

„Republik Europa“ von Otto Lehmann-Rußhöldt, Geschäftsführer der deutschen Liga für Menschrechte. 32 Seiten. Mit einer Weltkarte, aus der die Einteilung der Welt nach Staatsformen hervorgeht. Verlag der Neuen Gesellschaft, Berlin-Neu-Westend. 1 M , Vereinsausgabe 50 P .

Zeitgemäßes und Politisches aus Seumes Berlin. Herausgegeben von Gustav Hennig, Johann Gottfried Seume, der deutsche Republikaner, hat uns heutigen Menschen noch sehr viel zu sagen. Wir müssen ihn hören. Thüringer Verlagsgesellschaft und Drucker G. m. b. H., Jena; Abt.: Buchhandel. Preis 1,30 M .

Jubiläumsausgabe der Bergwerks-Zeitung. Anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Bergwerks-Zeitung hat sie eine Reihe Jubiläumsausgaben herausgegeben, wovon jetzt die zehnte Nummer vorliegt, die sich mit der Weltwirtschaft befaßt. Inhalt: Fachliche Beiträge, Einzelfragen der Weltwirtschaft. Der Inhalt ist durch Silber, Schaufeln und Karten anschaulich gemacht.

Verrechnungstabellen für alle Gemüsearten. Von E. Guffmann. Die Tabelle besteht aus sechs Kartons mit je einem Schieber, durch dessen Bewegung in wenigen Sekunden die benötigten Rüberränge ohne zu rechnen herausgefunden sind. Die Tabelle ist in den Parteilichhandlungen für 1 M zu haben.

Unser Wandern von Martin Bräuer. Naturschätze und Winkle zum sozialen und kulturellen Schauen. 65 Seiten, illustriert. Berlin 1925, Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Preis kart. 60 P .

Mitteilungen des Vorstandes

Telegraphische Adresse: Metallvorstand Stuttgart

Mit Sonntag dem 18. Okt. ist der 43. Wochenbeitrag für die Zeit vom 18. bis 24. Oktober 1925 fällig.

Reisende Mitglieder können nur in dem im Adressenverzeichnis mit bezeichneten Verwaltungen Reisegeld erhalten. Das Aufsuchen der Verwaltungen, Kassierer und Vertrauensmänner in den Wohnungen oder Arbeitsstätten durch die Reisenden hat zu unterbleiben.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für Mitglieder der Beitragsklasse:				Beginn der Ertrags-erhebung
	I	II	III	IV	
Reer	20	15	10	—	43. Woche

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Beschlossen wurde: Mitgliedebuch Nr. 5,682,691, lautend auf den Silberarbeiter Adolf Neumann, geb. am 31. Mai 1905. (Breslau.) Stuttgart, Rätestraße 16. Der Verbandsverwand.

Zur Beachtung! Zugang ist fernzuhalten:

von Eisenarbeitern nach Berlin S.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Danzig (The International Shipbuilding and Engineering Co. Ltd., Danziger Werft und Eisenbahnwerkstätten A.-G.) St.; nach Detmold (Eippische Metallindustrie) M.; von Tafelgeräteearbeitern nach Hanau (H. Henkings) H. L. — Lohnbewegung; D. — Differenzen; G. St. — Streit in Stadt; St. — Streit; R. — Roggenregelung; M. — Mißstände; A. — Ausverrang. Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen und Bezirksleitungen an den Verband eingereicht werden und ausdrücklich begründet sein. Arbeitsführende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gezeichnet ist, Erlaubnis bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Verband einzuholen. Das Schriftbild ist von der Verwaltung, der das Mitglied ganz angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzugeben zu lassen. Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rätestraße 16